

RTL Group steigert Umsatz und Gewinn auf Rekordhoch	1
Medienanstalt setzt weiteres Zwangsgeld gegen RT DE fest	2
Madsack Mediengruppe stellt Journalismus-Titel digital neu auf	3
Unesco unterstützt Journalisten in Ukraine	4
Ukraine-Krieg: Netzwerk für geflüchtete Medien- und Kulturschaffende	4
Russische Journalistin Owsjannikowa: „Bin jetzt Feind Nummer Eins“	5
Mali will französische Medien verbieten	5
„chrismon“-Herausgeber Arnd Brummer legt Ämter nieder	6

RTL Group steigert Umsatz und Gewinn auf Rekordhoch

Luxemburg (epd). Der Umsatz und Gewinn des Medienkonzerns RTL Group ist 2021 auf ein Rekordhoch gestiegen. Wie die RTL Group am Donnerstag in Luxemburg mitteilte, erhöhte sich der Gesamtumsatz um 10,3 Prozent auf 6,64 Milliarden Euro (2020: 6,02 Milliarden). Nach Angaben des Konzerns ist das vor allem auf das starke Wachstum der TV-Werbeumsätze im zweiten, dritten und vierten Quartal 2021 zurückzuführen.

Die geringen Umsatzerlöse des Vorjahres hatte das Unternehmen mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie erklärt. Der Rekordgewinn des Konzerns von 1,45 Milliarden Euro (2020: 625 Millionen Euro) sei hauptsächlich aufgrund starker operativer Leistung und Kapitalgewinnung erfolgt.

Insgesamt betrage das bereinigte Vorsteuerergebnis (Ebita) 1,15 Milliarden Euro und erhöhte sich demnach um 35,1 Prozent (2020: 853 Millionen Euro). Der Verwaltungsrat schlug den Gesellschaftern eine Dividende von fünf Euro pro Aktie vor. Davon entfielen 3,50 Euro auf die gewöhnliche Geschäftstätigkeit und 1,50 Euro auf cash-relevante Veräußerungsgewinne.

Laut RTL Group stieg der TV-Werbeumsatz um 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und um 10,7 Prozent im vierten Quartal des Jahres 2021. Der Streaming-Umsatz der

Sendermarken RTLplus und Videoland (Niederland) stieg um 31,2 Prozent auf 223 Millionen Euro gegenüber 2020 (170 Millionen Euro). Der Fremantle-Umsatz erhöhte sich um 25,3 Prozent gegenüber 2020.

Fremantle, das globale Inhaltegeschäft der RTL Group, strebe zudem bis 2025 einen Gesamtjahresumsatz von 3 Milliarden Euro an. Um dieses Ziel zu erreichen und mit der steigenden Nachfrage nach Inhalten Schritt zu halten, wolle die RTL Group in allen Regionen und in alle drei Programmsäulen, Drama & Film, Unterhaltung und Dokumentationen, investieren, hieß es weiter. Zudem habe das Unternehmen die Anzahl der zahlenden Abonnenten der Streaming-Dienste in Deutschland und den Niederlanden um 73,8 Prozent auf mehr als 3,8 Millionen steigern können.

Der Vorstandsvorsitzende der zum Bertelsmann-Konzern gehörenden RTL Group, Thomas Rabe, sagte, dass 2021 „ein erfolgreiches Jahr für die RTL Group“ gewesen sei, „getrieben durch die Erholung der Werbemärkte“. Die Wachstumsgeschäfte Streaming und Inhalteproduktion hätten sich „besonders dynamisch entwickelt“.

Im Januar 2022 hatte RTL Deutschland die deutschen Magazingeschäfte und -marken von Gruner + Jahr für einen Kaufpreis von 213 Millionen Euro vollständig von Bertelsmann übernommen. Die RTL Group und Gruner + Jahr gehören beide zum Bertelsmann-Konzern.

Die RTL Group betreibt insgesamt 60 Fernsehsender und 30 Radiostationen. Zur Mediengruppe RTL Deutschland gehören neben dem Stammsender RTL unter anderem RTL II, Vox und der Nachrichtensender n-tv. *ema*

Medienanstalt setzt weiteres Zwangsgeld gegen RT DE fest

Berlin (epd). Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) hat ein weiteres Zwangsgeld gegen den vom russischen Staat finanzierten deutschsprachigen Sender RT DE festgesetzt. Die RT DE Productions GmbH habe die Verbreitung des TV-Programms in Deutschland trotz fehlender Lizenz nach wie vor nicht vollständig eingestellt, dieses sei vereinzelt auf Webseiten weiterhin verfügbar, sagte eine MABB-Sprecherin dem Evangelischen Pressedienst (epd) am Donnerstag in Berlin. Deshalb werde die Medienanstalt nun ein zweites Zwangsgeld in Höhe von 40.000 Euro festsetzen.

Die MABB hatte das erstes Zwangsgeld von 25.000 Euro am 9. März festgesetzt, weil RT DE sein Programm bis zum Ablauf einer ersten Frist nicht eingestellt hatte. Dieses Zwangsgeld hätte RT DE bis zum Ablauf des gestrigen Mittwochs zahlen müssen. Da dies nicht geschehen sei, werde die MABB das Geld jetzt zwangsweise eintreiben, erklärte die Sprecherin.

„Die RT DE Productions GmbH verhält sich nach wie vor rechtswidrig und missachtet die medienrechtlichen Verfügungen der MABB“, kritisierte MABB-Direktorin Eva Flecken. „In ihrem medienrechtlichen Verfahren gehen die Landesmedienanstalten weiterhin konsequent gegen die Ausstrahlung des Livestreams von RT DE vor, da die dafür erforderliche medienrechtliche Zulassung nicht vorliegt.“

Gegen das Sendeverbot hatte RT DE im Februar Klage beim Verwaltungsgericht Berlin eingereicht. Anfang März legte das Unternehmen mit einem Eilantrag nach. Wann eine Entscheidung fällt, ist nach Angaben des Gerichts derzeit nicht absehbar.

Der medienrechtliche Streit in Deutschland wird inzwischen von einem europaweiten Verbot russischer Staatsmedien überlagert, das der Rat der Europäischen Union am 2. März ausgesprochen hatte. Kabel- und Satellitenbetreiber dürfen die Programme von RT und Sputnik nicht mehr in der EU ausstrahlen, Internetanbieter müssen den Zugriff auf die Webseiten blockieren. Die Umsetzung der Verordnung durch die Betreiber müssen die EU-Mitgliedstaaten kontrollieren. Aktuell wird zwischen Bund und Ländern geklärt, welche Behörde dafür in Deutschland zuständig ist. *nbl*

Madsack Mediengruppe stellt Journalismus-Titel digital neu auf

Hannover (epd). Die Madsack Mediengruppe mit Sitz in Hannover will ihr journalistisches Kerngeschäft weiter digitalisieren. Alle journalistischen Digitalangebote der Mediengruppe bekommen dafür einen grundlegenden Neustart, wie das Unternehmen am Donnerstag in Hannover mitteilte. Den Start machte am Donnerstag das Portal des Redaktionsnetzwerks Deutschland, „rnd.de“. Die Regionalportale der Madsack Zeitungen wie etwa der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“, der „Dresdner Neuesten Nachrichten“ oder der „Kieler Nachrichten“ folgen mit ihren neuen Auftritten sukzessive bis Ende Mai.

Im Rahmen des Produkt- und Markenstarts erhielten sämtliche Webseiten, Apps und weitere digitale Kanäle der Madsack-Medienmarken den Angaben zufolge in den nächsten Wochen einen neuen Digitalauftritt mit neuen Funktionen, neuer Optik und erweiterten Services. Unter anderem werde die Plus-Abo-Mechanik auf überregionale Inhalte des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) übertragen, hieß es. Gleichzeitig sollen in der „RND OnePlatform“ alle relevanten digitalen Redaktions-, Vertriebs- und Marketingprozesse gebündelt werden.

„Unsere Leserinnen und Leser erwarten gleichermaßen hohe journalistische Kompetenz in überregionalen wie regionalen Themenfeldern“, sagte Thomas Düffert, Vorsitzender der Konzern-Geschäftsführung der Madsack Mediengruppe. Diesem Anspruch wolle die Mediengruppe durch die neue Marken- und Produktarchitektur und die Integration von RND-Inhalten in die Digitalangebote der Regionalmarken gerecht werden.

Aktuell verzeichnet die Madsack Mediengruppe nach eigenen Angaben mehr als 165.000 Digital-Abos. Hinzu kommen weitere 167.000 Print/Digital-Kombinationen. Die Mediengruppe umfasst 18 Zeitungstitel, das RND, Digitalangebote sowie Anzeigenblätter. Zum Verbund gehören weiterhin diverse, auf Verlagsdienstleistungen spezialisierte Tochterunternehmen. Hinzu kommen Eigengründungen und Beteiligungen aus den Bereichen Digitalgeschäft, Mobilität, Post und Logistik, Film- und Fernsehproduktion sowie Werbung und Kommunikation. *Inb*

Unesco unterstützt Journalisten in Ukraine

Bonn (epd). Die Unesco will Journalisten in der Ukraine unterstützen, eine freie Berichterstattung über den Krieg aufrechtzuerhalten. So sollen Medienschaffenden etwa Schutzausrüstung bekommen und Schulungen zur Arbeit in Kriegsgebieten organisiert werden, erklärte die Deutsche Unesco-Kommission am Donnerstag in Bonn. Zudem würden Berufsverbände und Medienschaffende auf der Flucht unterstützt.

Diese Notfallmaßnahmen sollten noch in dieser Woche eingeleitet werden, hieß es. Die Unesco arbeite dabei eng mit „Reporter ohne Grenzen“ und der Internationalen Journalisten-Föderation zusammen. Diese würden unter anderem 125 Sets aus schusssicheren Westen und Schutzhelmen zu Medienschaffenden in die Ukraine bringen, hieß es.

Unesco-Generaldirektorin Audrey Azoulay erklärte, Journalistinnen und Journalisten riskierten im Ukraine-Krieg jeden Tag ihr Leben, um die ukrainische Bevölkerung „mit lebenswichtigen Nachrichten“ zu versorgen und die Welt über die Realität des Krieges zu informieren.

Am Mittwoch hatte der Unesco-Exekutivrat in einer Sondersitzung eine Resolution zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verabschiedet. Darin wird etwa verlangt, dass Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten gewährleistet wird. *lwd*

Ukraine-Krieg: Netzwerk für geflüchtete Medien- und Kulturschaffende

Berlin (epd). Um geflüchtete Ukrainer aus der Kultur- und Medienbranche in Deutschland zu unterstützen, hat sich ein Netzwerk gegründet. „Wir wollen einen Teil dazu beitragen, dass unseren Kolleginnen und Kollegen aus der Ukraine und aus Russland eine berufliche Perspektive für die Zeit des Exils und Unterstützung bei der Suche nach Beschäftigung geboten wird“, erklärten ver.di und der Bundesverband Schauspiel am Donnerstag in Berlin. Ziel sei es, für aus der Ukraine Geflüchtete schnellstmöglich ein mehrsprachiges Portal mit Stellenangeboten der Kultur- und Medienbranche einzurichten.

Den Angaben zufolge sind beteiligte Initiatoren des Netzwerks die ARD, der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverlage (BDZV), der Bundesverband Schauspiel, Deutschlandradio, Reporter ohne Grenzen, die Produzentenallianz, der Tarifverband Privater Rundfunk, der Medienverband der Freien Presse, die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und das ZDF. Das Netzwerk steht offen für weitere Verbände und Gewerkschaften der Branche.

Das für Kultur und Medien zuständige ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz sagte: „Der von der russischen Regierung begonnene Krieg richtet sich auch gegen unsere Kolleginnen und Kollegen aus Kultur und Medien.“ Ukrainerinnen und Ukrainer müssten vor Zerstörung und Kriegsterror fliehen, Russinnen und Russen trieben Zensur und Kriminalisierung ihrer künstlerischen oder journalistischen Tätigkeit außer Landes. „Als Netzwerk stehen wir als Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisation mit ihnen zusammen.“ *ema*

Russische Journalistin Owsjannikowa: „Bin jetzt Feind Nummer Eins“

Hamburg (epd). Die russische TV-Journalistin Marina Owsjannikowa steht seit ihrem Protest in den Abendnachrichten nach eigenen Worten unter einer immensen Belastung. Sie habe große Angst und spüre großen Stress, sagte die 43-Jährige dem „Spiegel“. Ihr Leben habe sich für immer verändert, sie halte sich bei Freunden versteckt und nehme Beruhigungsmittel. „Ich bin jetzt der Feind Nummer Eins hier“, sagte Owsjannikowa. „Es kann alles passieren, ein Autounfall, alles, was die wollen, dessen bin ich mir bewusst.“

Die Journalistin hatte am Montagabend in einer Live-Sendung der Hauptnachrichten im russischen Staatsfernsehen ein Schild mit der Aufschrift „Stoppt den Krieg. Glaubt der Propaganda nicht. Hier werdet ihr belogen“ in die Kamera gehalten. Die Mitarbeiterin des Senders rief dazu mehrmals „Nein zum Krieg“.

Für ihre Angehörigen sei die Protestaktion ein schwerer Schlag gewesen, sagte sie dem „Spiegel“ in dem am Mittwochabend online veröffentlichten Interview. Ihr Sohn habe ihr vorgeworfen, sie habe das Leben der gesamten Familie zerstört. Russland zu verlassen, komme für sie jedoch nicht infrage. Ein Asylangebot des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron habe sie abgelehnt, sagte Owsjannikowa.

Die Journalistin wurde nach eigenen Angaben wegen der Aktion zu bislang einer Geldstrafe in Höhe von 30.000 Rubel (rund 265 Euro) verurteilt. Ein mögliches Strafverfahren gegen sie werde noch geprüft, sagte sie. Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Verwendung des Begriffs „Krieg“ im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Ukraine unter Strafe gestellt. *mih*

Mali will französische Medien verbieten

Frankfurt a.M., Bamako (epd). Die Militärregierung Malis will den französischen staatlichen Sendern RFI und France 24 die Ausstrahlung in dem westafrikanischen Land bis auf Weiteres verbieten. Dies berichtete der Auslandssender RFI am Donnerstag unter Berufung auf eine Mitteilung der malischen Behörden. Auch die Internetpräsenzen der Sender sollen demnach in Mali gesperrt werden. Die Regierung begründete den Schritt mit der Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen durch das malische Militär.

Die Mediengruppe France Médias Monde, zu der RFI und France 24 gehören, bedauerte die Ankündigung. Man werde nach Möglichkeiten suchen, damit die Entscheidung der malischen Behörden nicht umgesetzt werde. Die von der Regierung bemängelten Berichte von RFI und France 24 stützten sich unter anderem auf Vorwürfe gegen das malische Militär durch die UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet und die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, wonach malische Soldaten für den Tod Dutzender Zivilistinnen und Zivilisten verantwortlich sind.

Das Ministerium für territoriale Verwaltung und Dezentralisierung erklärte bereits am Mittwoch, die Berichte entbehrten jeder Grundlage. Es habe sich dabei um eine Strategie gehandelt, um den politischen Übergang zu destabilisieren, die malische Bevölkerung zu demoralisieren und die malische Armee zu diskreditieren, heißt es in einer Erklärung des Ministeriums.

Die Beziehungen zwischen Mali und der früheren Kolonialmacht Frankreich verschlechtern sich seit Monaten. Frankreich kritisiert die vom Militär dominierte Übergangsregierung für die Verschiebung der Wahlen und den Einsatz russischer Söldner im Kampf gegen Islamisten. Mali wirft der französischen Militärmission Ineffektivität und der Regierung die Einmischung in innere Angelegenheiten vor. Mitte Februar kündigte Frankreich ein Ende seines militärischen Engagements in dem westafrikanischen Land an.

Eine Sprecherin des Europäischen Auswärtigen Dienstes nannte den Beschluss Malis, die Ausstrahlung von RFI und France 24 auszusetzen, „inakzeptabel“. „Wir bedauern diese Entscheidung und die unbegründeten Anschuldigungen“, sagte Nabila Massrali am Donnerstag in Brüssel.

Das malische Militär hat in jüngster Zeit zweimal die Macht übernommen. Im August 2020 setzte es nach monatelangen Protesten der Bevölkerung die korrupte Regierung von Ibrahim Boubacar Keïta ab, im Mai 2021 die Übergangsregierung. Verboten ist nach der jüngsten Entscheidung auch die Nutzung von RFI und France 24 durch lokale Medien. nam

„chrismon“-Herausgeber Arnd Brummer legt Ämter nieder

Frankfurt a.M. (epd). Der „chrismon“-Herausgeber Arnd Brummer verabschiedet sich aus dem aktiven Dienst beim Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP). Der Gründer sowie langjährige Chefredakteur des evangelischen Magazins „chrismon“ lege nach Erreichen der Altersruhestandsgrenze seine Ämter nieder, teilte das GEP am Donnerstag in Frankfurt am Main mit. Zuletzt wirkte Brummer in „chrismon“ als geschäftsführender Herausgeber und als Kolumnist sowie Geschäftsführer der evangelischen Fastenaktion „7 Wochen Ohne“.

Der Direktor des GEP, Jörg Bollmann, dankte dem 64-jährigen Brummer für dessen Verdienste. Die Gründung von „chrismon“ als Nachfolgeprodukt des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts“ sei ein Wagnis gewesen, das viel Mut und Kraft gekostet habe, sagte Bollmann: „Arnd Brummer hat es mit entscheidenden Weggefährten in der evangelischen Kirche und großen Teilen seines damaligen Teams gegen alle Widerstände geschafft.“

Brummer, der zuvor Leiter der Parlamentsredaktion der „Kölnischen/Bonner Rundschau“ in Bonn war, hatte 1991 die Chefredaktion der evangelischen Wochenzeitung „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“ in Hamburg übernommen, das vom Hansischen Druck- und Verlagshaus verlegt wurde. Als die Zeitung im Jahr 2000 von Schließung bedroht war, gelang Brummer die Neukonzeptionierung als monatliche Magazin-Beilage, die bis heute unter dem Markennamen „chrismon“ in bundesweit erscheinenden Zeitungen wie „Süddeutsche Zeitung“ und „Die Zeit“ beigelegt wird.

2005 zog die „chrismon“-Redaktion von Hamburg nach Frankfurt, HDV wurde ein 100-prozentiges Tochterunternehmen des GEP. Bis 2014 blieb Brummer neben seiner Chefredakteurs-Tätigkeit auch Geschäftsführer des HDV neben GEP-Direktor Bollmann, der an seiner Seite die Geschäftsführer-Tätigkeit im HDV übernahm. In den vergangenen Jahren wurde das HDV mit dem GEP fusioniert.

Das Magazin „chrismon“ erscheint jeden Monat mit einer Auflage von 1,59 Millionen und wird nach der aktuellen Allensbacher Werbeträger Analyse von knapp 1,6 Millionen Menschen regelmäßig gelesen. Chefredakteurin von „chrismon“ ist seit 2014 Ursula Ott (58).

Das GEP ist die zentrale Medieneinrichtung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), ihrer Landeskirchen und Werke sowie der evangelischen Freikirchen. Zum GEP gehört unter anderem die Zentralredaktion des Evangelischen Pressedienstes (epd). *ema*

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der Evang.
Publizistik (GEP) gGmbH in
Frankfurt am Main. HRB 49081
USt-ID-Nr.DE 114235 916
Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter: Bert Wegener

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Karsten Frerichs
epd medien und epd medien aktuell:
Diemut Roether (Verantw. Redakteurin),
Michael Ridder, Ellen Nebel
Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261

E-Mail: medien@epd.de
kundenservice@epd.de

Erscheinungsweise: einmal
wöchentlich. (Druckausgabe)
Monatsabonnement: Druckausgabe
plus fünf Mal wöchentlich epd
medien aktuell (elektronisch)
83,15 Euro inkl. MWSt. Inland,
Ausland auf Anfrage.

Nachdruck nur mit Vertrag.
Anzeigen:
m-public Medien
Services GmbH
Zimmerstraße 90
10117 Berlin
Tel.: (030) 32 53 21-432
Fax. (030) 32 53 21-444
E-Mail: christoph@m-public.de
Druck: FRITSCH Druck GmbH
Heiterblickstraße 42
04347 Leipzig